

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotschne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inseraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Scheffingstraße 1, Telefon: B 1 Kurzfürk 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorwärts: pro Woche 60 Pf., monatl. 2,50 M., einjährl. 26,00 M. in Berlin u. Orten m. eia. Postamt. Postbezugspreis: Berlin 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Millimeterzeile 35 Pf.; die 8sp. Text-Millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgan u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleinanz.: Textwort 20 Pf., Überschriftsw. 30 Pf., Arbeitsmarkt: Wort 5 Pf.

Severings Vertreter begrüßt Papen-Programm!

Gayl kündigt neue Unterdrückungsmaßnahmen an — Film und Rundfunk nur noch für Hitler-Propaganda — Severings Weißmann wünscht dem Junkertabinet „segens- und erfolgreiche Tätigkeit“ — Vorwärts, Antifaschistische Aktion!

Mit der Rede des Innenministers Freiherrn von Gayl im Reichsrat hat das Papen-Kabinet seine zweite Regierungserklärung abgegeben. Ohne Umschweife und unzweideutig bekannte sich Gayl als Anhänger der Monarchie, pries die Verdienste des Hohenzollernhauses und kündigte neue schärfste Unterdrückungsmaßnahmen an, die das Junkerkabinet mit Hilfe nationalsozialistischer Flankendeckung durchführen will. Unmittelbar, nachdem Gayl geendet hatte, erhob sich der Vertreter der Severing-Regierung, Staatssekretär Weißmann, und hielt eine warme Dank- und Begrüßungsrede für die Regierung der Nazi-Barone.

„Ausmerzungen aller undeutschen Einflüsse“

Nicht genug mit dem schon ausgearbeiteten neuen Unterdrückungsabbau und der Lohnsenkung durch die schon in den nächsten Tagen kommende Beschäftigtensteuer, nicht genug mit der Aufhebung des Scheinverbot des SA, kündigte der Innenminister die Ausmerzungen aller undeutschen, fremden Einflüsse auf dem Gebiet des gesamten kulturellen Lebens, insbesondere auch im Rundfunk- und Lichtspielwesen und die Benutzung der machtvollen nationalen Bewegung als eine Staat und Volk erhaltende Kraft an. Man weiß, für die Stalder und Industriemänner ist alles undeutsch, was ihre Junkerherlichkeit und Profite antastet oder gar beseitigt will. Und was Herr Gayl da so national umschreibt, das ist in Wirklichkeit nichts anderes als die Absicht des Verbotes aller Sowjetfilme, überhaupt der Unterdrückung alles Linken in Kino und Rundfunk. Schleicher, Papen, Gayl wollen das vollenden, was Brüning erfolgreich eingeleitet hat. Die Kommunisten werden weiter aus- und die Halenkreuzler hundertprozentig eingeschaltet. Gestützt auf die Terrorbanden Hitlers will Hindenburgs Kabinet gegen die Arbeiter regieren.

Jubel des „Angriff“ und Weißmanns

Daß die Rechtspresse von Gayls Rede entzückt ist, daß der „Angriff“ sie als „starkes Bekenntnis zu Deutschland“ wertet und Eugenbergs „Tag“ in ihr einen geeigneten Ausgangspunkt für erprobliche Arbeit“ sieht, wird niemanden wundernehmen. Aber unerhört und alle Arbeiter, auch und gerade die sozialdemo-

kratischen, beleidigend ist die Rede, die als Antwort auf Gayls Programmklärung Staatssekretär Weißmann, der Vertreter der preussischen Severing-Regierung im Reichsrat, hielt und die der „Vorwärts“ bezeichnenderweise überschmeißt. Es war, wie die Rechtspresse versichert, eine „herzliche Rede“, die Weißmann mit den Worten schloß:

„Sie wissen, daß Sie in diesem Kreise weitgehende Sympathien genossen haben und weiter genießen werden, so daß alle Voraussetzungen für ein harmonisches Zusammenwirken zum Wohle des Reiches und seiner einzelnen Glieder gegeben sind. Und so wünsche ich Ihnen, Herr Minister, eine segens- und erfolgreiche Tätigkeit.“

„Segens- und erfolgreiche Tätigkeit“ oder ins Regierungsbuch über: Notverordnungen, Notverordnungen. Während die sozialdemokratischen Arbeiter sich bereits entschließen, mit ihren kommunistischen Klassengenossen gemeinsame Kampfmaßnahmen gegen die Diktatoren des pommerischen und ostpreussischen Adels und der Industrie durchzuführen, begrüßt der Beauftragte des Severing-Kabinetts die Schleicher-Papen-Gayl. Und Herr Severing erklärt seinerseits eine neue Notverordnung, die ganz im Sinne der Rechtsregierung im Reich wiederum den Armen, den Arbeitern, unteren Beamten und Angehörigen und Wohlfahrtsempfängern alle Lasten aufbürdet.

Severing und Papen stehen in einer Front, gegen die alle Werktätigen ihre rote Klassenfront aufrichten müssen. Je eher und stärker die Antifaschistische Aktion in ganz Deutschland von der Armee aller Werktätigen ohne Parteiunterschied vorwärts getragen wird, je tiefer in die Betriebsbesetzungen der Gedanken des politischen Massenstreiks getragen und mit seiner Vorbereitung begonnen wird — um je näher rücken die Tage des proletarischen Sieges.

Aus dem Inhalt:

- Landtag am 15. Juni
- Reichswehr-Offiziere in Nazi-Versammlung
- SAP.-Führer treten zur KPD. über
- Die Bedeutung des Umsturzes in Chile

Papen — Hitler — und Lausanne

Der nationale Verrat der Nazis

In wenigen Tagen, am 14. Juni, soll in Lausanne die Reparationskonferenz zusammenreten. Was hat das arbeitende Volk Deutschlands davon zu erwarten?

Seitdem im Januar das Zustandekommen der Reparationskonferenz an der kategorischen Weigerung der französischen Regierung gescheitert ist, hat sich nichts zugunsten der deutschen Bourgeoisie, wohl aber einiges wesentlich zu ihren Ungunsten verändert. Die neue französische Regierung unter Herriot hat sich wiederholt und in feierlicher Form verpflichtet, die Tributpolitik in derselben Richtung fortzuführen, wie vor ihr die Kabinette Tardieu und Laval. Dies bedeutet: Keine Beseitigung des Youngplans, keine Streichung der Reparationen, sondern höchstens einen weiteren Zahlungsausschub (Moratorium) und auch dies nur unter der Bedingung, daß die deutsche Regierung erneut ihre Zahlungsverpflichtungen anerkennt.

Die Tatsache, daß es der Barthelemy Regierung gelungen ist, eine Vorkonferenz in Paris — am kommenden Sonntag — zustande zu bringen, in der Herriot mit Macdonald und dem englischen Außenminister Sir John Simon die Beratungen in Lausanne vorbereiten will, ist deswegen von besonderer Bedeutung, weil es zeigt, wie wenig die Reichsregierung auf englische Unterstützung bauen kann. Alle Äußerungen der englischen Presse deuten darauf hin, daß es der Regierung Macdonald sehr daran gelegen ist, mit dem Kabinet Herriot möglichst gute Beziehungen zu pflegen, und das deswegen die englische Politik umso mehr bereit sein wird, sich mit Herriot auf der Grundlage der (oben gezeichneten) französischen Reparationspolitik zu verständigen.

Der französische Imperialismus hat gegenüber Deutschland jetzt einen Trumpf von unschätzbarem Wert in der Hand: Er kann darauf hinweisen, daß ja die führenden Männer der deutschen Republik sich bei den inoffiziellen Besprechungen in Lugemburg bereits weitgehend mit dem französischen Standpunkt einverstanden erklärt haben.

Der Reichskanzler von Papen war an den Lugemburger Besprechungen entscheidend beteiligt. Neben ihm waren in Lugemburg anwesend Vertreter der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, neben einer Reihe führender Schwerindustrieller. Also gerade diejenigen Kreise, welche gegenwärtig die deutsche Außenpolitik führen, haben bereits in Lugemburg verhandelt und dabei gezeigt, wie weit sie den französischen Forderungen entgegenkommen wollen.

Herr von Papen und seine nationalsozialistischen und deutschnationalen Freunde haben sich, wie „Der Deutsche“ (27. Mai) meldete, bereit erklärt, Tributzahlungen in Höhe von 9 Milliarden anzuerkennen. Sie haben über ein deutsch-französisches Militärabkommen verhandelt, durch das die Reichswehr, die auf 300 000 Mann erweitert und modern bewaffnet werden soll, der „Mitarbeit“ des französischen Generalstabs unterstellt wird. Eine wirtschaftliche Verständigung soll der militärischen folgen.

So ungeheuerlich die Beschuldigungen sind, die „Der Deutsche“ mit diesen Enthüllungen gegen die Außenpolitik der „nationalen Front“ erhebt, — sie werden völlig bestätigt durch die Tatsache, daß weder der Reichskanzler, noch die Deutschnationalen diese Enthüllungen zu bestreiten wagten!

Soweit Herr Papen in Frage kommt, wissen wir ja aus den Veröffentlichungen über seinen Vortrag vor dem „Deutschen Herrenklub“, daß er solche Pläne seit Jahren verfolgt. Was aber die Nationalsozialisten anbetrifft, so haben wir wiederholt aus englischen, französischen und auch aus deutschen bürgerlichen Zeitungen („Landsvolk-Nachrichten“) erfahren, daß sie mit dem französischen Botschafter in Berlin und mit den Mittelmännern

Warn! SA plant morgen Terrorakte!

Untergau-Sitzung in der Hedemannstraße organisiert die Blutaktion

Bei Redaktionschluß erfahren wir:

Am Donnerstag, dem 9. Juni, fand in der Hedemannstraße 32, wo die Nazis unter der Firma „Ambrosio Torino Filmgesellschaft“ tagen, eine Untergauversammlung der NSDAP, sowie der SA und SS statt. Es wurde erklärt, daß, wenn bis zum Sonntag, dem 12. Juni, SA und SS nicht offiziell wieder legalisiert seien, Terrorakte unternommen werden sollen. Als einzuhaltende Stürme wurden genannt: Sturm 1 Alexander, Sturm Fischerkirk, Sturm Friedrichstadt, Sturm 32 Charlottenburg und Sturm Wedding, die im Gebiet Zentrum die erforderlichen Maßnahmen ergreifen sollen. Daß es sich um eine von der Naziführung angeordnete Blutaktion handelt, geht daraus hervor, daß in der Sitzung die dementsprechenden Befehle aus dem Rundschreiben der SS-Staffelführung verlesen wurden.

Die „Rote Fahne“ hat bereits Anfang der Woche auf die geplante Morbidaktion der Hitlerbanden am morgigen Sonntag hingewiesen. Der „Vorwärts“ aber schweigt.

Um so mehr müssen sich die Arbeiter rühren, die täglich mit eigenen Augen ansehen, daß sie von den SPD-Führern nichts als Verrat zu erwarten haben. Im Laufe des heutigen Tages sind in allen Arbeitervierteln die notwendigen organisatorischen Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen. Selbstverständlich, daß kommunistische und sozialdemokratische Proletarier, daß Kampfbündler und Reichsbannergruppen dabei im Einvernehmen handeln müssen. Selbstverständlich, daß, wenn dies geschieht, das rote Berlin mit starker

Hand die SA-Schüßlinge der Chemie- und Industrieherrn, der Junker und Generale abfertigen wird.

Streit in der Buchdruckerei Hermann

Gestern mittag um 12½ Uhr ist die gesamte 600 Mann starke Belegschaft der Buchdruckerei H. S. Hermann, in der der „Börzen-Courier“ gedruckt wird, in den Streit getreten. Seit Monaten hat die Firma vergeblich versucht, einen Abbau der überhöhten Löhne durchzusetzen. Jetzt, nachdem bei Bürgenstein ein überhöhter Lohnabbau durchgeführt war, hielt sie die Stunde für gekommen. Sie forderte 50 Prozent Abbau der überhöhten Bezahlung und, um diesen Abbau durchzusetzen, wurde ein Teil der Belegschaft gekündigt.

Als aber gestern die Kündigungsurteil abließ, schädte die Belegschaft ihre Verhandlungskommission zum Unternehmer und ließ erklären, die Arbeit werde nicht eher wieder aufgenommen, bis die Lohnabbauforderung und die Entlassungen zurückgenommen seien. Als der Unternehmer ablenkte, wurde der Streit geschlossen durchgeführt.

Die gesamte graphische Arbeiterschaft wird zur Solidarität aufgefordert. Gedruckt werden vor allen Dingen „Berliner Börsen-Courier“, „Textzeitung“, „Industrie und Handel“ und „Die Sendung“.